



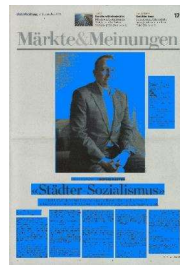
## Der Scharfschütze

**Name:** Thomas Matter  
**Funktion:** Bankunternehmer, Nationalrat und SVP-Parteileitungsmitglied  
**Alter:** 55  
**Familie:** verheiratet, vier Kinder  
**Ausbildung:**  
1978 bis 1984: Gymnasium in Liestal und in einer High School in Florida  
1984 bis 1987: Kaufmännische Lehre  
**Karriere:**  
1984 bis 1990: UBS Basel  
1991 bis 1994: Merrill Lynch, New York, London und Zürich  
1994 bis 2006: Swissfirst, Mitgründer und CEO  
seit 2005: Matter Group, Beteiligungsgesellschaft, Präsident  
seit 2011: Helvetische Bank, Mitgründer und Präsident

DAS GESPRÄCH **THOMAS MATTER**

# «Städter-Sozialismus»

Der Unternehmer und SVP-Nationalrat Thomas Matter über Covid-19, «Klimahysterie» und darüber, warum er mit der SVP neun Schweizer Städte angreift.



INTERVIEW: STEFAN BARMETTLER  
UND ANDREAS VALDA  
FOTOS: MAURICE HAAS

*Sie traten in einem SVP-Werbespot auf und wuschen Geld in einer Waschmaschine. Ihre Lieblingsrolle?*

**Thomas Matter:** Das war ein Wahlkampfspot im Jahr 2015, in dem wir uns alle auf die Schippe nahmen. Ich als Banker, der als Geldwäscher auftritt, der Medizinhistoriker Christoph Mörgeli, der im Museum Skelette abstaubt. Auch in der Politik muss Selbstironie sein; 1,1 Millionen Menschen haben den Spot angeschaut, er kam über die SVP hinaus gut an.

*In der Politik hat man den Eindruck: Thomas Matter ist primär für den Klamausk zuständig, aber nicht für politische Vorstösse, die eine Chance auf Umsetzung haben. Ich glaube nicht, dass Sie das in der Politik gehört haben, höchstens beim politischen Gegner. Schon bevor ich überhaupt im Nationalrat war, lancierte ich eine Initiative zum Schutz der Privatsphäre; es ging darum, das Bankkundengeheimnis abzusichern und es im Inland zu retten.*

*Das liegt zehn Jahre zurück, Sie haben die Initiative zurückgezogen.*

Ich habe damit Druck aufgebaut. Die Steuerstrafrechtsreform von alt Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die den Datenaustausch auch im Inland einführen wollte, wurde geschreddert. Die bürgerlichen Parteipräsidenten standen öffentlich hin und setzten sich für die Wahrung des Bankgeheimnisses im Inland ein. Im Gegenzug habe ich die Initiative zurückgezogen. Die Aktion war ein Erfolg.

*Ein anderes Beispiel?*

Es gibt viele Beispiele, sie reichen von der Verrechnungssteuerreform bis zum Vorstoss, dass alte Banknoten nie ihren Wert verlieren. Primär bin ich aktiv in der Kommission.

*Sie sind in der Wirtschaftskommission ...*

Richtig, und da ist man ans Kommissionsgeheimnis gebunden. Realpolitik sieht man oft nicht, weil sich vieles hinter den Kulissen abspielt. Dass die Skigebiete letztes Jahr nicht zugehen, ging unter anderem auch auf eine Initiative von mir zurück.

*Jetzt geben Sie mit Ihrer Impfstrategie zu reden. Sind Sie geimpft?*

Ja, zweimal. Ich will nicht angesteckt werden und will nicht andere anstecken. Aber ich bin ganz klar gegen einen Impfwang.

*Ist unsolidarisch, wer sich nicht impfen lässt?*

Nein. Jeder hat unterschiedliche Motive. Die einen können nicht, andere haben Angst, wieder andere wollen aus Prinzip nicht. Der Körper ist das letzte Eigentum, das einem der Staat nicht wegnehmen kann.

*Sie plädieren für Eigenverantwortung. Dann müssten Sie auch für das*

*Verursacherprinzip sein. Wer sich die Freiheit nimmt und externe Kosten verursacht, der oder die soll auch geradestehen dafür. Für mich ist klar, dass Eigenverantwortung nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten beinhaltet. Wer sich beispielsweise nicht impfen lassen will, soll mittelfristig Tests selbst bezahlen.*

*Ihr Videoformat heisst «In den Sümpfen von Bern». Darin zielen Sie gerne auf Linke und Grüne. Ihre Lieblingsgegner?*

Ich kämpfe zum Beispiel gegen die Klimahysterie an. Was soll nicht alles auf den Klimawandel zurückzuführen sein, sogar die Unwetter. Ich habe verschiedene Extremwetterereignisse angeschaut, die weltweit seit 140 Jahren erfasst werden – einen eindeutigen Trend gibt es nicht.

*Die Temperatur auf der Erde steigt nicht?*

Doch, laut dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) um 1,1 Grad in den letzten 170 Jahren. Ebenfalls Fakt ist, dass der CO<sub>2</sub>-Anteil in der Atmosphäre steigt, und zwar von 280 auf 415 PPM. Aber es ist auch ein Fakt, dass zur Zeit der Dinosaurier der CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Luft sechsmal höher und es nicht viel wärmer war als heutzutage. Klar ist ausserdem, dass wir im Holozän, also in den letzten 12 000 Jahren mehrere grosse Temperaturschwankungen hatten. Das blendet das IPCC aus und verweist auf den Hockeystock-Effekt, der bedeutet, dass die Temperatur plötzlich ansteigt.

*Menschengemacht?*

Das behauptet das IPCC. Es gibt andere

Studien, die das anzweifeln.

*Die Lufttemperatur steigt, der Wasserstand steigt, ufernahe Regionen werden überflutet, Zonen werden unfruchtbar. Einfach zuschauen?*

Mir geht es um die Hysterie.



### Also zuschauen und nichts tun?

Wir haben in der Schweiz seit 1990 den CO<sub>2</sub>-Ausstoss bereits massiv reduziert, um 35 Prozent pro Kopf. Absolut waren es leider nur 14 Prozent, weil wir zwei Millionen mehr Leute sind. In der gleichen Zeit hat China den CO<sub>2</sub>-Ausstoss mehr als verdoppelt, mit einer Milliarde Menschen. Da kann es doch nicht sein, dass wir in der Schweiz eine Umverteilungsmaschinerie starten, die den Mittelstand schröpft. Und das alles, obwohl wir wissen, dass wir in der Schweiz die Erderwärmung um kein Millionstel Grad verändern. Selbst wenn wir auf null CO<sub>2</sub>-Ausstoss runtergingen. Ich verweise auf eine Studie aus Deutschland: Es würde das Land 4100 Milliarden Euro kosten, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 90 Prozent zu reduzieren, die letzten 10 Prozent wären praktisch nicht mehr bezahlbar. Zugleich würde sich der Stromkonsum verdoppeln.

### Das ist ein Extremszenario. Es geht primär um das Stoppen des Wachstums.

Genau, Bundesrätin Simonetta Sommaruga will den CO<sub>2</sub>-Ausstoss auf null reduzieren und den Stromverbrauch gleichzeitig ebenfalls runterbringen. Das ist unmöglich. Fakt ist auch, wenn wir auf null runtergehen, dann können wir zum Beispiel keinen Beton mehr verwenden. Wie soll dann in Zürich und in anderen Städten noch verdichtet gebaut werden?

### Jede Firma gibt ein Net-Zero-Ziel-Versprechen ab, für 2030, 2040 oder 2050. Dazu gehören Nestlé, UBS, Holcim und viele mehr. Wann ist Ihre Helvetische Bank klimaneutral? 2050?

Das sind reine Alibiübungen. Unternehmen müssen Klimaberichte erstellen, «klimarelevante Tätigkeiten» ausweisen – ein Irrsinn. Der Hintergedanke ist klar: Jetzt hat die Politik eine neue Einnahmequelle gefunden, die wie eine Ablasszahlung funktioniert. Und es bringt nicht einmal etwas. Heute werden weltweit schon 500 Milliarden Dollar pro Jahr umverteilt. Ich bin überzeugt: Mit einem Bruchteil dieses Geldes könnte man Innovation vorantreiben.

## «Was Sommaruga vergisst: Auf dem

## Land haben die Leute kein Tram vor der Tür.»

*Das wird getan, primär von privater Seite. Wenn es wirksame Innovationen aus der Schweiz zur CO<sub>2</sub>-Reduktion gibt, dann werden diese Produkte auch gekauft, zum Beispiel von den Chinesen. Sie sind nicht gegen einen CO<sub>2</sub>-Abbau, aber sagen sich: Wir brauchen jetzt mehr Energie und bauen deshalb 120 Kohlekraftwerke. Ab 2035, sagen sie, würden sie dann reduzieren.*

### Es wird nicht bei CO<sub>2</sub>-Abgaben bleiben.

#### Die EU will Klimazölle einführen.

Klimazölle sind ein doppelbödiges Vorhaben. Zum einen schießt die EU scharf, wenn die USA Schutzzölle für EU-Exportgüter einführen. Zum anderen will sie Schutzzölle unter dem Deckmantel Klimapolitik einführen. Das ist purer Protektionismus, um Importgüter teurer zu machen, um die EU-Binnenwirtschaft zu stärken. Und Brüssel will sich so neue Geldquellen erschliessen.

#### Ein Beispiel?

Schutzzölle auf Stahl. Dieser wird im Export nach Deutschland teurer werden und der deutsche Stahl wird konkurrenzfähiger. Doch die Herstellung derselben Tonne Stahl verursacht die gleiche CO<sub>2</sub>-Menge.

### Wie reagiert die Schweiz darauf? Sie

*waren gegen einen Vorstoss im Parlament, der sich damit befassen will.*

Wir können der EU die Klimazölle nicht verbieten. Die EU wird sich selber schaden, weil deren eigene Industrie auf Importe angewiesen ist. Und die werden alle teurer.

### Wird der Mittelstand geschröpft?

Alt Bundesrätin Doris Leuthard sagte vor ein paar Jahren, dass und die Umweltabgabe für die künftige Energiestrategie zusätzliche 40 Franken pro Jahr koste. Das haben wir schon damals nicht geglaubt. Mit dem neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz, das zum Glück abgelehnt wurde, wären es Hunderte Franken pro Jahr und Bewohner. Was

Umweltministerin und Städterin Sommaruga vergisst: Die Leute auf dem Land haben kein Tram vor der Tür, das alle 5 Minuten fährt. Und SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer vergisst, dass die Gewerbler aufs Auto angewiesen sind. Der Städter braucht kein Benzin, wenn er sich in der Stadt bewegt, auf dem Land braucht es das schon. Es wäre interessant, zu sehen, was die Städter sagen würden, wenn man sie zur Finanzierung eines Trams auf dem Land einladen würde. Sie wären empört, denn es wäre ihnen viel zu teuer.

### Ihre Karriere startete in London und Zürich, Ihre Bank ist in Zürich, Sie wohnen in Meilen. Rhetorisch geben Sie sich aber als einer vom Land. Eine Täuschung?

Ich bin ein Landbueb. Ich wuchs in einem Dorf mit 5000 Einwohnern auf. Ja, ich habe mich in Städten hochgearbeitet. In der Stadt New York lebte ich, um dem stundenlangen Pendeln zu entgehen. Mein jetziger Wohnort Meilen ist zwar Agglo, aber Meilen ist auch Land.

### Jetzt greifen Sie die Städte als Profiteure an. Warum?

Die Bilanz ist klar: Das Land zahlt zu viel, die Stadt zu wenig. Verursacht haben dies links-grüne Mehrheiten in den grossen Städten, darunter Zürich und Winterthur.

### Bürgerliche Kantonsregierungen und nicht Stadtparlamente bestimmen, wie viel Transferleistungen die Städte erhalten.

Beispiel Zürich. Die Stadt erhält 400 Millionen Franken Lastenausgleich. Dafür muss sie die Infrastruktur, darunter Strassen für Pendler, aufrechterhalten. So steht es in amtlichen Protokollen. Doch jetzt bauen die Städte einseitig Parkplätze ab, verwandeln Verkehrsachsen in einspurige Strassen, bauen stattdessen dreispurige Velowege, führen eigenmächtig Tempo 30 ein und sperren ganze Quartiere für das Auto. Und dies, obwohl das Volk an der Urne Tempo 30 km/h generell abgelehnt hatte. Mit anderen Worten: Die Städte kassieren Geld vom Land, aber brechen einseitig frühere Abmachungen.

### Dafür gibts dreispurige Velowege.

Eine Spur für die langsamen Velofahrer, eine für die schnellen und eine für Kinder



und Erwachsene, die am Lernen sind. Kein Witz. Das ist bloss die erste Etappe in Zürich und kostet 50 Millionen. Insgesamt sind 100 Millionen für das Projekt geplant.

*Wenn man eine Rechnung macht, dann sind Genf, Basel-Stadt, Zug, Zürich und die Waadt Nettozahler in den Finanzausgleich. Es sind dies fast alles Kantone mit zugkräftigen Städten. Umgekehrt sind alle Landkantone, bis auf Schwyz, Nettoempfänger der Steuermilliarden.*

Wir sprechen nicht von den Kantonen, sondern von den neun grössten Städten mit ihren rot-grünen Regierungen und Parlamenten. Den Stadt-Land-Graben hat nicht die SVP erfunden. Nein, die Steuerzahler auf dem Land und die Pendler sind über die Politik der Städte verärgert. Wir nehmen dies nur auf. Die landläufige Behauptung, dass die Städte 80 Prozent der Wertschöpfung leisten, ist falsch. Diese Wertschöpfung leisten Leute von ausserhalb, die in Städten arbeiten, aber auf dem Land oder in der Agglomeration wohnen.

*Kann man sagen, wer genau profitiert? Kinder von SVP-Wählern gehen auch in die Stadt, um dort zu feiern, weil es auf dem Land langweilig ist. Die Städte zahlen die Reinigung, die Polizei.*

Die Leute, die in die Stadt gehen, bezahlen dort auch für ihren Konsum. Was die Leute auf dem Land stört, ist, dass ihnen die links-grünen Städter vorschreiben wollen, wie man zu leben hat und sich fortbewegen muss.

*Sie behaupten: Die Städterinnen und Städter arbeiten bewusst wenig und beziehen deshalb am meisten Subventionen vom Kanton. Wie das?*

Die Statistik zeigt, dass Städter auf Vollzeitbasis rund 10 Prozent höhere Durchschnittslöhne haben. Aber sie arbeiten mehr in Teilzeit. Damit weisen sie absolut ein niedriges Einkommen aus und beziehen mehr Zuschüsse für Krankenkassenprämien, Kindertagesstätten (Kita) und Ergänzungsleistungen. Auf dem Land arbeiten die Leute häufiger in Vollzeit. Ergo haben sie im Schnitt höhere Einkommen und erhalten weniger Subventionen.

## «In der Stadt ist es zum Hobby geworden, Subventionen zu optimieren.»

*Die faulen Städter als Subventionsjäger?*

Der Mythos, dass Landfrauen hinter dem Herd stehen, ist ein Märchen der Linken. Heute arbeiten mehr Frauen auf dem Land in Vollzeit als Frauen in der Stadt. In den Städten arbeitet nur rund die Hälfte aller Frauen in Vollzeit, aber sie beziehen zehnmal mehr Kita-Subventionen als Frauen auf dem Land. Das ist der Luxussozialismus der Städte.

*Es geht Ihnen um eine gerechte Verteilung von Arbeit, Steuern und Subventionen?*

Ja. Wir greifen nicht die Stadt als solche an, sondern wir greifen die rot-grüne Politik und Lebenshaltung der linken Städter an. Wir greifen die Arroganz und das Besserwissertum gewisser linker Wähler an.

*Nochmals: Worum geht es?*

Es geht um die Tatsache, dass rot-grüne Städte die Leute vom Land schikanieren und sich mit Verkehrsverboten abriegeln, dafür aber gerne Subventionen abholen von Steuergeldern, die auf dem Land be-

## «Städterinnen beziehen viel mehr Kita-Subventionen als Frauen auf dem Land.»

zahlt werden. Wenn, dann sollen Städte ihren Luxus selber finanzieren.

*Städterinnen und Städter leben auf Kosten des Landes?*

Oft. Unter Akademikern in der Stadt ist es zum Hobby geworden, ihre Arbeitsleistung und die Subventionen zu optimieren. Sie wissen genau, unter welcher Einkommensschwelle welche Subventionen möglich werden. Und sie heiraten nicht, damit

ihr Einkommen nicht zusammengezählt wird. 29 Prozent aller Städter, darunter Gutverdienende, wohnen in verbilligten Wohnungen. Auf dem Land gibt es verbilligtes Wohnen nur selten.

*Was wollen Sie ändern?*

Die SVP arbeitet an einer Fiskalbilanz pro Steuerpflichtiger im Vergleich Stadt und Land. Gut möglich, dass die Landbevölkerung netto draufzahlt. Die Regierungen und die Parlamente sollen sich darüber klar werden, wie sie in Zukunft mit der Landbevölkerung umgehen, die die Städte mitfinanziert. Wie im Mittelalter: Wenn die Landbevölkerung die Städte finanziell belagert, dann geht in den Städten nichts mehr.

*So provozieren Sie sozialen Unfrieden.*

Es sind die Luxussozialisten, die diesen Unfrieden bereits angestiftet haben.

## Matter Group

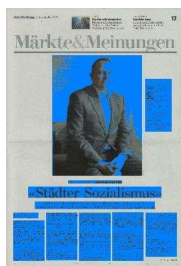
**Helvetische Bank** Thomas Matter hält über die Matter Group 31 Prozent des Aktienkapitals der Bank. Sie hiess früher Neue Helvetische Bank und firmiert neu ohne das Wort «Neue». Das Kerngeschäft sind die Anlageberatung, die Vermögensverwaltung und die Unternehmensfinanzierung. Verwaltet werden 2 Milliarden Franken Vermögen. Die Bilanzsumme beträgt 760 Millionen Franken. Die Bank beschäftigt 33 Angestellte. Im VR sitzen unter anderem Ex-UBS-Chef Marcel Rohner und SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi.

**Im Inneren SVP-Zirkel** Matter ist seit 2016 SVP-Kassenwart und bestimmt im neunköpfigen Parteileitungsausschuss den Kurs der Partei mit. Sein Youtube-Blog heisst «In den Sümpfen von Bern».

# Handelszeitung

Handelszeitung  
8021 Zürich  
058 269 22 80  
<https://www.handelszeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Publikumszeitschriften  
Auflage: 37'700  
Erscheinungsweise: 50x jährlich



Seite: 17  
Fläche: 230'473 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 3005691  
Themen-Nr.: 220.104

Referenz: 81682000  
Ausschnitt Seite: 5/5



Thomas Matter: «Wir greifen die Arroganz und das Besserwissertum gewisser linker Wähler an.»



Thomas Matter mit Stefan Barmettler (links) und Andreas Valda.